

titel

Wirtschaftslage und Konjunkturprogramme: die Sicht der Stimmberechtigten

Medienbericht zur Befragung „Konjunkturprogramme“, Feb. 2009

Projektteam:

Claude Longchamp, Institutsleiter

Urs Bieri, Senior-Projektleiter

Matthias Bucher, Projektleiter

Jonas Kocher, Datenanalytiker/Programmierer

Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin



1. Die Einleitung

1.1. Das Mandat

economiesuisse fragte das Forschungsinstitut gfs.bern an, eine Studie zur Akzeptanz der gegenwärtig diskutierten Konjunkturprogramme zu erstellen. gfs.bern zeigte sich interessiert, das Mandat zu übernehmen und unterbreitete ein Konzept sowie ein Vorgehensvorschlag, der bewilligt wurde.

Im Folgenden werden die Resultate der hierzu realisierten Befragung von stimmberechtigten SchweizerInnen summarisch beschrieben und gewürdigt.

1.2. Die Zielsetzungen

Ziel der aktuellen Schwerpunktsbefragung ist es, die Wahrnehmungen und Bewertungen von Konjunkturprogrammen im aktuellen Umfeld beurteilen zu können.

In einem ersten Schritt wurde eine Sammlung der Forderungen, die hierzu bis Mitte Januar 2009 in der Öffentlichkeit geäußert wurden, zusammengestellt. Diese wurden anschliessend einerseits mit relevanten wirtschaftspolitischen Aussagen und andererseits mit Konjunktur-Wahrnehmungen ergänzt.

Übergeordnetes Ziel dieser Untersuchung ist es, die Einstellung der Stimmberechtigten zu staatlichen Massnahmen im aktuell skeptisch beurteilten Umfeld bestimmen zu können.

1.3. Das Untersuchungsdesign

Der Fragebogen beinhaltet die für die Klärung obiger Zielsetzungen notwendigen Fragen. Er wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern entwickelt und von economiesuisse gutgeheissen.

Untersuchungseinheit sind die Schweizer Stimmberechtigten. Aus ihrer Gesamtheit wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen. Die Repräsentativität wurde doppelt gesichert. Zuerst wurde – nach Sprachregionen gewichtet – eine at random-Auswahl der Telefonhaushalte ermittelt. Anschliessend befragten wir innerhalb der gezogenen Telefonhaushalte jene Person, die nach der Geburtstagsmethode ausgewählt wurde. Um Verzerrungen wegen unterschiedlicher Erreichbarkeiten vermeiden zu können, haben wir als Kontrolle Maximalquoten für Geschlecht und Alter vorgegeben, die in den Sprachregionen nicht überschritten werden durften.

Befragt wurde insgesamt gut 1'000 Personen. Der statistische Stichprobenfehler beträgt bei gegebenem Auswahlverfahren und genannter Stichprobengrösse +/- 3.2 Prozentpunkte. Das bedeutet, dass ein Wert in der Befragung von beispielsweise 50 Prozent in der Realität (mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46.8 und 53.2 Prozent zu liegen kommt.

Die Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert. Die Erhebung wurde mit computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) gemacht. Eingesetzt wurden rund 40 ausgebildete und instruierte BefragterInnen. Die Befragungsarbeiten wurden von einer unabhängigen Stelle supervisiert. Die mittlere Befragungsdauer betrug rund 11 Minuten.

Die Befragungsarbeiten fanden zwischen dem 16. und 21. Februar 2009 statt. Das wichtigste Ereignis in der Befragungswoche war die Diskussion um die Auslieferung von Kundendaten der UBS, welche die Finanzmarktkontrolle bewilligte. Dies führte zu einer öffentlichen Debatte über das Bankgeheimnis in der Schweiz. Direkte konjunkturpolitische Forderungen wurden im Umfeld der Datenerhebung jedoch nicht speziell diskutiert.

Der verbindliche Datensatz enthält 1'005 gültige Interviews. Alle Angaben wurden vor der statistischen Datenanalyse hinsichtlich der Person und des Ortes anonymisiert.

Die Datenanalyse erfolgt angesichts der kurzen Zeit für die Durchführung der Studie vorwiegend beschreibend. Alle Ergebnisse werden statistisch und visuell aufgearbeitet.

Die Ergebnisse wurden im hier vorliegenden medienfähigen Schlussbericht präsentiert und gewürdigt. Die Berichterstattung erfolgt integral in Deutsch.

1.4. Das Projektteam

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen des Forschungsinstituts gfs.bern für (wirtschafts-)politische Fragen; namentlich:

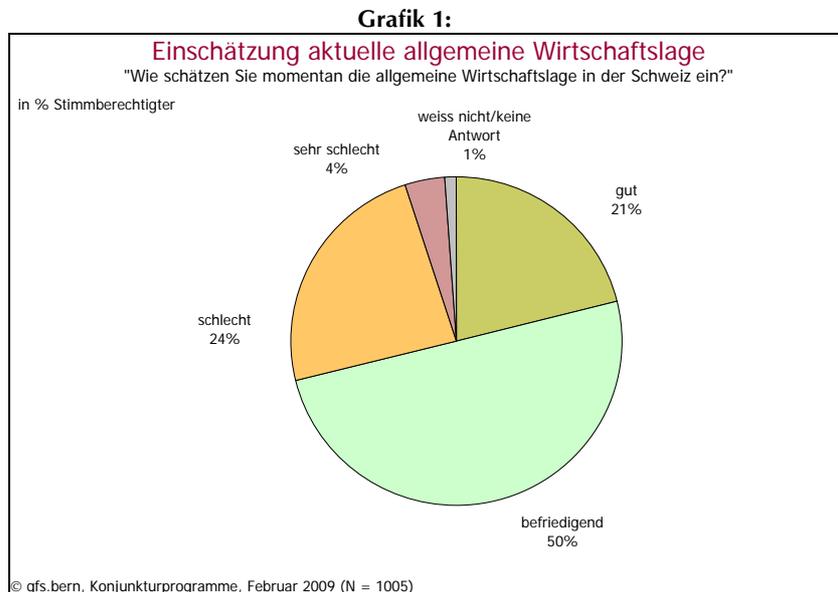
- Leitung: Claude Longchamp, Politikwissenschaftler, Institutsleiter gfs.bern, Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen
- Stellvertretung: Urs Bieri, Politikwissenschaftler, Senior-Projektleiter gfs.bern
- Operative Leitung: Matthias Bucher, Sozialpsychologe, Projektleiter gfs.bern
- Datenanalyse: Jonas Kocher, Datenanalyst/Programmierer gfs.bern
- Grafik, Desktop: Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin gfs.bern

Den Medienbericht verfasste Claude Longchamp. Der Bericht wird nach Ablauf der Sperrfrist auf der Internetseite des Forschungsinstituts publiziert. Nach der Erstpublikation ist der Inhalt der Publikation mit der üblichen Zitierung frei.

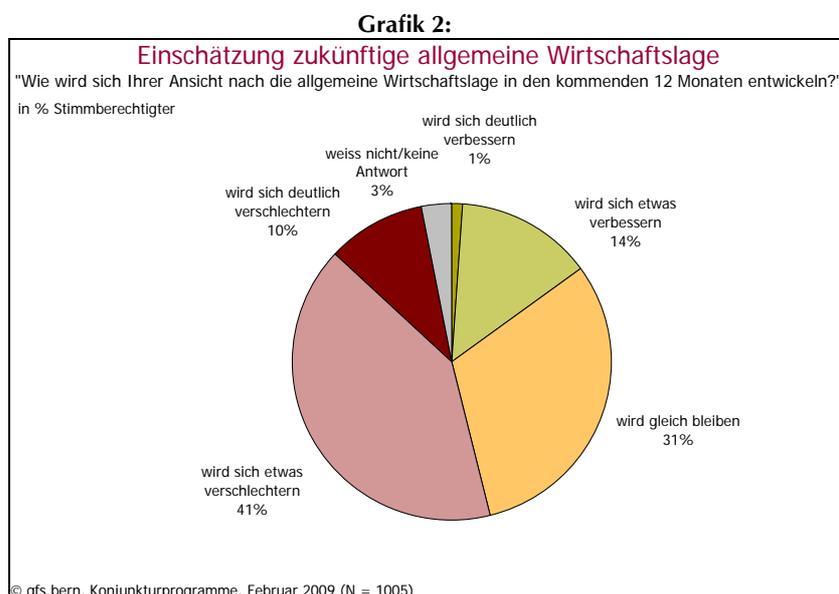
2. Die Befunde

2.1. Die Bewertung des wirtschaftlichen Umfeldes

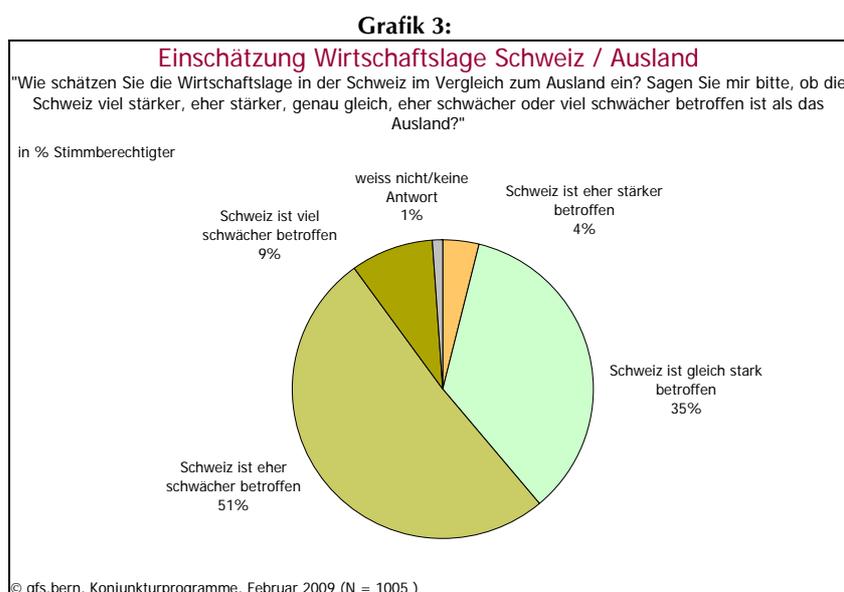
In der Bewertung des wirtschaftlichen Umfeldes mischen sich Zurückhaltung, Skepsis und Zuversicht.



Zurückhaltung: Eine Mehrheit von 50 Prozent der Befragten bezeichnet die aktuelle Wirtschaftslage als befriedigend. Die paradiesischen Zeiten sind vorbei, von Weltuntergangsstimmung kann aber auch nicht die Rede sein. Unter den polarisierten Bewertungen überwiegen aber die negativen Beschreibungen über die positiven. Man merkt in einer zunehmenden, aber vorerst immer noch minderheitlichen Masse, dass sich die Wirtschaftslage verschlechtert hat. Parteipolitisch finden sich wenige, aber symptomatische Unterschiede: Die AnhängerInnen der Regierungsparteien – insbesondere von SP und SVP – zeigen mehr Bedenken, während die parteiunabhängigen BürgerInnen von der politischen Diskussion wenig beeindruckt sind.



Skepsis: Die zukünftige Entwicklung wird mehrheitlich skeptisch beurteilt. 51 Prozent der Befragten gehen von einer Verschlechterung in den kommenden 12 Monaten aus. Nur 15 Prozent glauben an eine Verbesserung innert Jahresfrist. 31 Prozent rechnen mit einer Zukunft, die etwa gleich sein wird wie die Gegenwart. Die Skepsis überwiegt damit numerisch, wenn sie auch nicht unisono vorkommt. Sie ist vor allem in den mittleren Altersgruppen ausgeprägt. Anders als in früheren, vergleichbaren Umfragen zeigen auch die oberen Bildungsschichten Betroffenheit. Negative Erwartungen sind unabhängig von der Sprachregion verteilt, während der Optimismus in der Romandie am stärksten ausgeprägt ist.

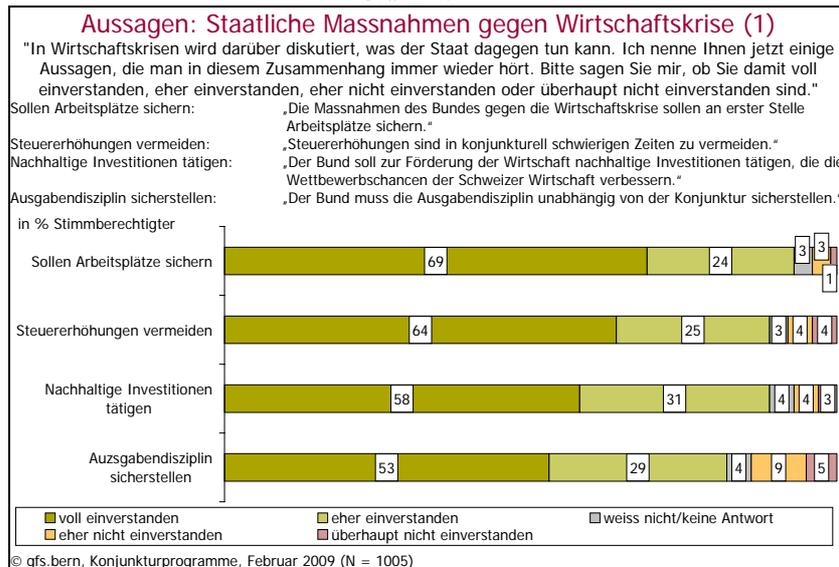


Zuversicht: Die Identifikation mit der Schweiz begründet Zuversicht. Im Vergleich zum Ausland sieht man für die Schweiz weniger Probleme. 60 Prozent gehen davon aus, die Schweiz werde weniger betroffen sein als die Nachbarn; nur 4 Prozent nehmen an, unser Land werde es härter treffen als die anderen. 35 Prozent machen in dieser Hinsicht keinen Unterschied. Das bestätigt sich auch in der Einschätzung, wie die Schweiz in der Rezession reagieren kann: 49 Prozent glauben, man sei hierzulande besser vorbereitet auf die Rezession als das Ausland, nur 9 Prozent erachten die Schweiz für weniger gut gerüstet. Parteipolitisch sind die Meinungen neutral verteilt. Die Zuversicht ist in der deutschsprachigen Schweiz höher als in den lateinisch geprägten Landesteilen.

2.2. Staatliche Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise

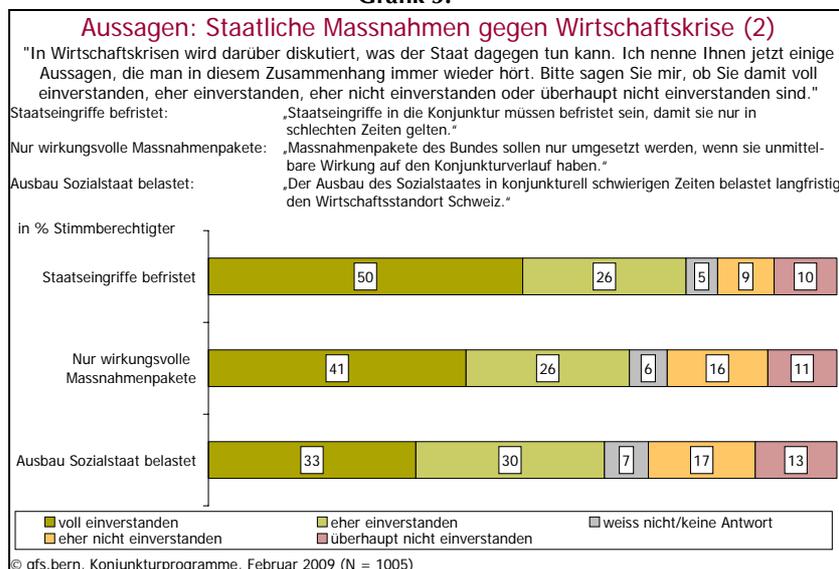
Verhinderung von Arbeitslosigkeit: Die Massnahmen des Staates gegen die Wirtschaftskrise sollen aus Sicht der BürgerInnen in erster Linie darauf ausgerichtet sein, Arbeitsplätze zu sichern. 69 Prozent der Befragten sind damit voll einverstanden. Addiert man die 24 Prozent hinzu, die teilweise einverstanden sind, ergibt dies eine Zustimmungsrate von 93 Prozent. 89 Prozent befürworten zudem nachhaltige Investitionen des Staates in die Wirtschaft, wenn sie die Wettbewerbschancen der Schweiz gegenüber dem Ausland erhöhen. Genau gleich viele sind der Auffassung, in schwierigen Zeiten solle man Steuererhöhungen vermeiden. Schliesslich sind 76 Prozent damit einverstanden, dass Massnahmen des Bundes gegen die Wirtschaftskrise zeitlich befristet sein müssen.

Grafik 4:



Dilemma der Finanzierung: In eine beschränkten Konflikt geraten die BürgerInnen, wenn es um die Finanzierung solcher Massnahmen geht. Klar sind die Meinungen zu Steuererhöhungen: 89 Prozent vertreten dezidiert oder teilweise die Auffassung, dass man auch in konjunkturell schwierigen Zeiten solche vermeiden sollte. 82 Prozent sind zudem uneingeschränkt der Auffassung, der Staat müsse unabhängig von der Konjunktur die Ausgabendisziplin sicherstellen, was den Handlungsspielraum des Staates einschränkt.

Grafik 5:

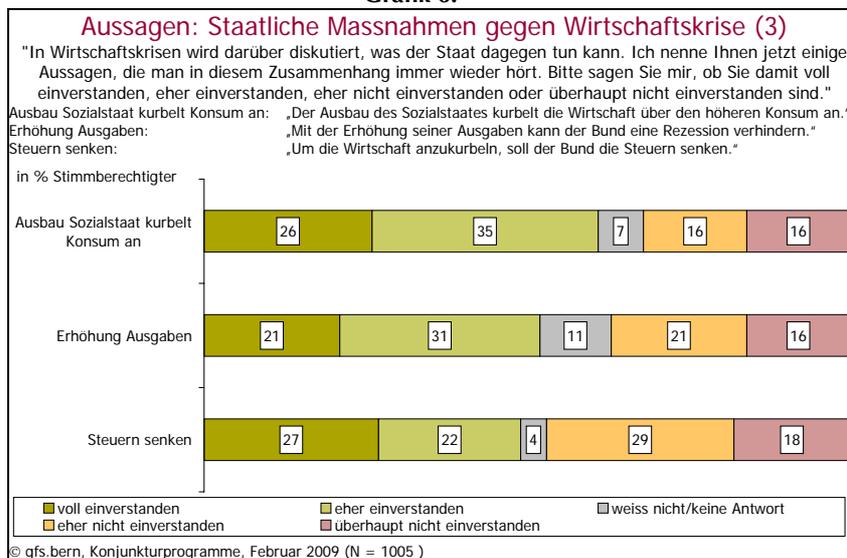


Unsichere Wirkungen der Programme: Die anderen hier getesteten möglichen Massnahmen des Staates gegen die Wirtschaftskrise sind alle nur beschränkt mehrheitsfähig. 67 Prozent finden mehr oder weniger deutlich, Massnahmenpakete des Bundes dürften nur dann umgesetzt werden, wenn sie unmittelbare Wirkungen auf den Konjunkturverlauf hätten.

Weitere Positionen: 63 Prozent sind eindeutig der Meinung, mehr Sozialausgaben in schlechten Zeiten belasteten den Wirtschaftsstandort Schweiz langfristig. Umgekehrt sind 61 Prozent mehr oder weniger überzeugt, dass man mit dem Ausbau des Sozialstaates die

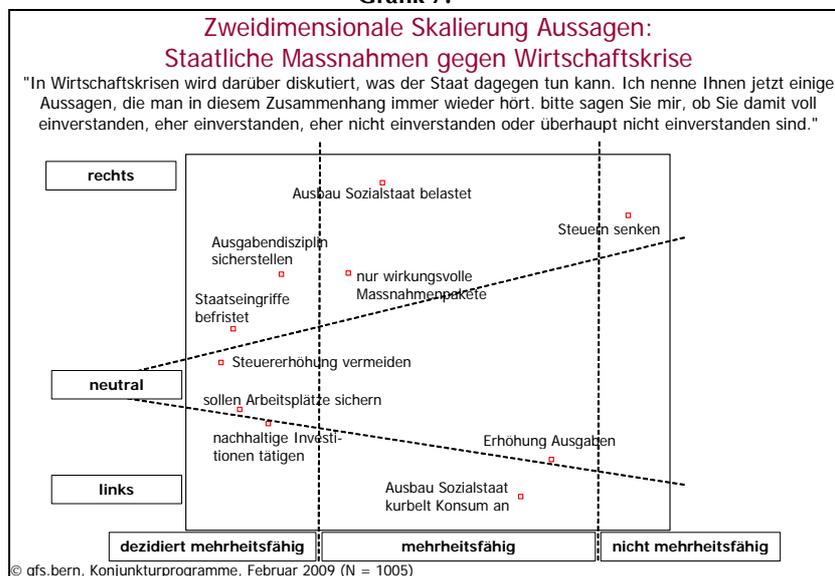
Wirtschaft über einen höheren Konsum ankurbeln kann. 49 Prozent sind schliesslich der Auffassung, gerade in Krisenzeiten sei es absolut notwendig, Steuern zu senken. Das gibt keine gesicherte Mehrheit.

Grafik 6:



In einem letzten Punkt herrscht weitgehende Einigkeit: Eine Rezession verhindern kann der Staat mit generell erhöhten Staatsausgaben nicht. Hier dringt Skepsis an der Wirksamkeit der Programme durch. Nur 52 Prozent glauben daran, aber nur mehr oder weniger.

Grafik 7:



Lesebeispiel: Die multidimensionale Skalierung ordnet jede Frage auf (mindestens) zwei Dimensionen, hier der Zustimmungshöhe einerseits und der Verortung im Links/Rechts-Spektrum andererseits. Die Grafik liest sich wie eine Landkarte. Zwei Punkte, die örtlich näher beieinander liegen, haben mehr Gemeinsamkeiten als zwei Punkte, die weit auseinander liegen. Die Einteilung erfolgt dabei nicht arbiträr durch uns, sondern bestimmt sich empirisch aus der Häufigkeit der gemachten Antworten und allen Befragten. Somit entsteht ein unabhängiges, realistisches Bild der Forderungen in der politischen Landschaft.

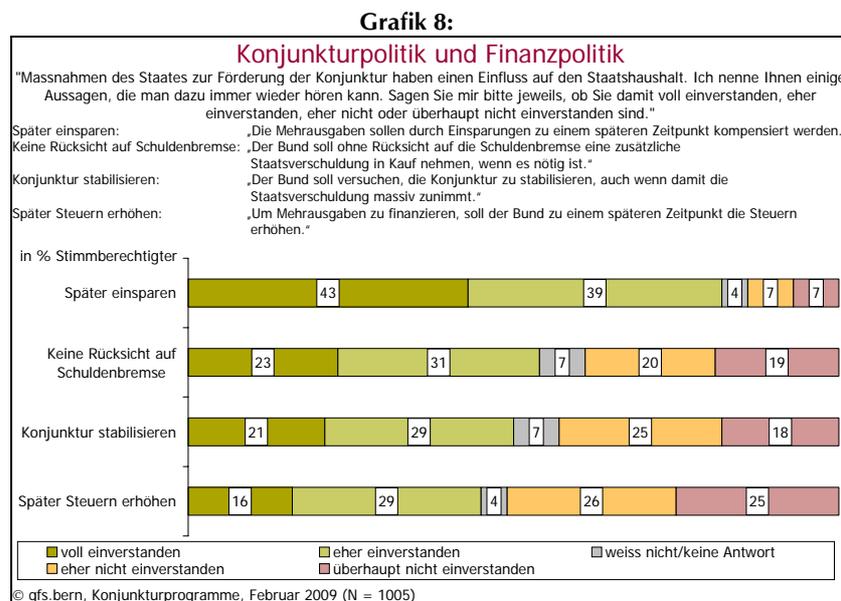
Schwach ausgeprägtes parteipolitisches Profil: Die Ergebnisse sollen erneut vor dem Hintergrund des parteipolitischen Profils zusammengefasst werden. Dezierte Mehrheitsfä-

higkeit haben (Aufzählung). Diese Punkte scheinen aus Sicht der Stimmberechtigten quasi die Leitlinien für eine Konjunkturpolitik zu definieren.

Parteilpolitisch gibt es nur beschränkt systematische Effekte. Mehrheitlich klar unterstützt werden im rechten Spektrum die Befristung von Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise und die Konzentration auf Pakete, die sofort Wirkung zeigen. Das gilt beschränkt auch für die Ansicht, Ausgaben für den Sozialstaat belasten die Wirtschaft resp. für Steuersenkungen. Dezidiert werden diese Positionen aber auch auf rechter Seite nicht vertreten. Massnahmen mit eindeutig linken Profilen finden sich in unserer Befragung nicht. Eher noch gibt es Mitte/Links-Profile (SP, Grüne und eingeschränkt CVP/FDP), wie das Beispiel der nachhaltigen Investitionen zeigt. Die anderen Massnahmen werden weitgehend konsensual befürwortet oder einheitlich abgelehnt.

2.3. Konjunkturpolitik vs. Finanzpolitik

In der finalen Auslegung wurden die Befragten gebeten, Konjunkturförderungsmaßnahmen und Wirtschaftspolitik gegeneinander abzuwägen.

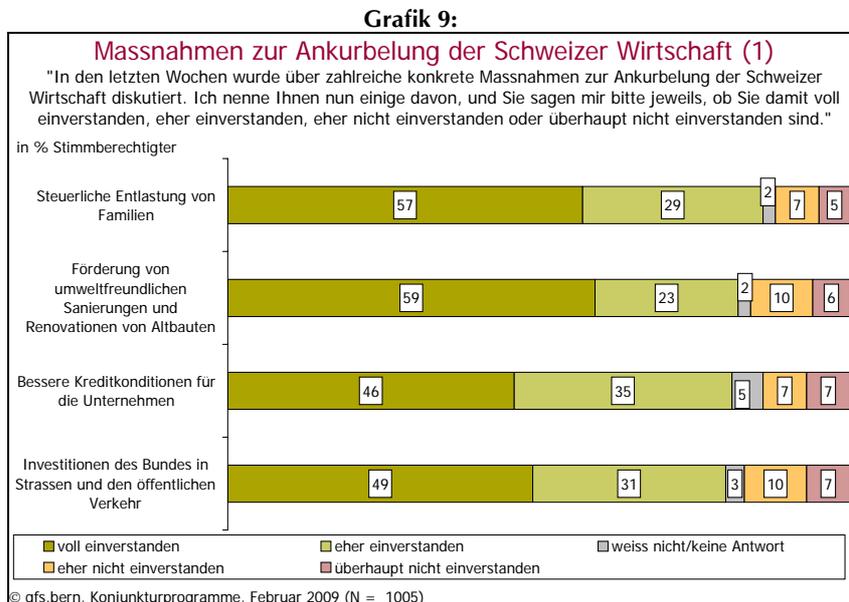


82 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Mehrausgaben, die man wegen der Wirtschaftskrise getätigt hat, später eingespart werden sollen. Sie bestätigen damit das Prinzip der Schuldenbremse. 54 Prozent gehen noch etwas weiter, indem sie der Auffassung sind, man solle ohne Rücksicht auf die Schuldenbremse Mehrausgaben tätigen. Das deckt sich mit der Position von genau 50 Prozent, welche die Auffassung vertreten, dass man, um die Konjunktur zu stabilisieren zu können, sich auch neu verschulden solle. Am unpopulärsten sind (nachträgliche) Steuererhöhungen, um die Wirtschaftslage zu steuern.

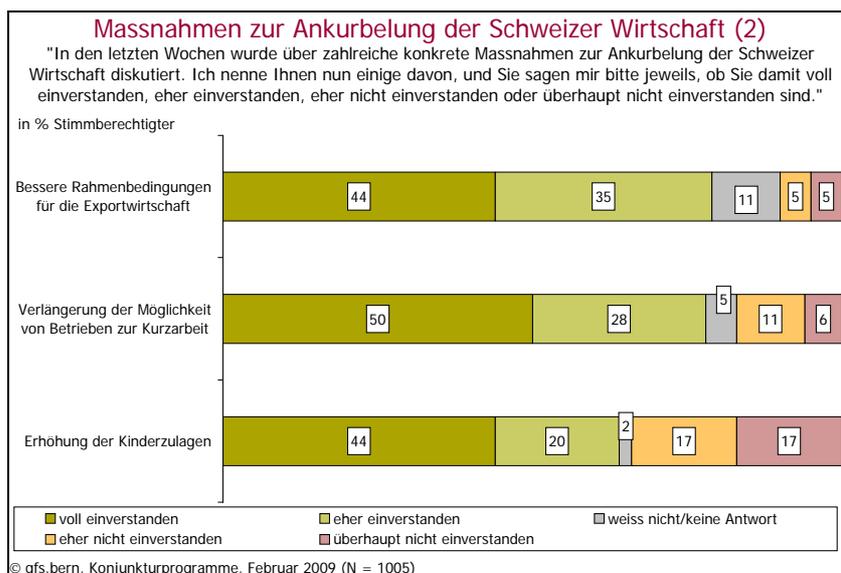
Parteilpolitische Profile gibt es hier kaum, was dafür spricht, dass in diesen allgemeinen Fragen - anders als in den konkreten - bevölkerungsseitig keine klaren und politisch geordneten Vorstellungen vorhanden sind.

2.4 Ankurbelung der Wirtschaft durch den Staat

Zahlreiche, aber nicht alle abgefragten möglichen Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft durch den Staat sind unter den Stimmberechtigten praktisch unbestritten. Die meisten sind mehrheitsfähig. Das beinhaltet sowohl Ansätze, die den Konsum betreffen, als auch jene, die die Rahmenbedingungen für die Unternehmen anvisieren.



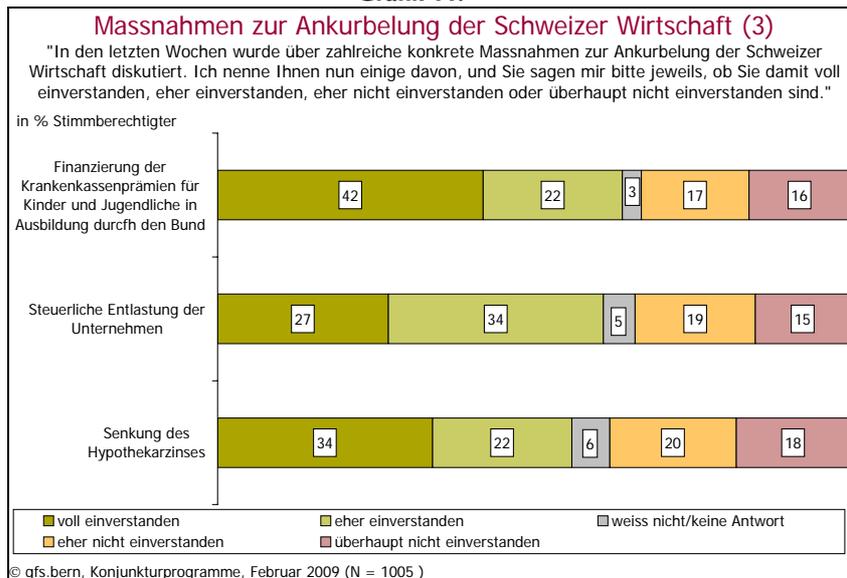
Staatliche Investitionen: Am wenigsten umstritten sind staatliche Investitionen. Die höchste Zustimmung überhaupt findet sich bei der finanziellen Förderung von umweltfreundlichen Sanierungen und Renovationen von Altbauten. Mehrheitlich akzeptiert werden auch Investitionen des Bundes in Strassen und öffentlichen Verkehr.



Privater Konsum: Sehr hoch ist die Zustimmung bei der Förderung des privaten Konsums, wenn es um steuerliche Entlastung von Familien geht. Umstrittener, aber immer noch mehrheitsfähig sind Massnahmen wie die Finanzierung von Krankenkassenprämien für Kinder und Jugendlichen in Ausbildung durch den Bund.

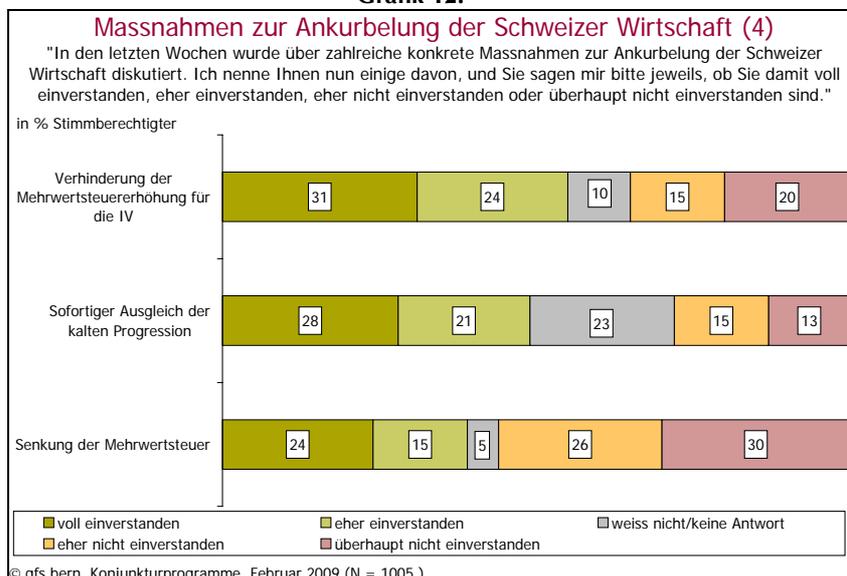
Mehrheitsfähig ist die Position, Hypothekarzinsen zu senken, um Investitionen zu erleichtern. Das gilt auch angesichts der Wirtschaftslage auch, wenn man auf eine Mehrwertsteuererhöhung für die IV verzichten würde. Knapp keine Mehrheit findet sich für den sofortigen Ausgleich der kalten Progression in der Steuerveranlagung; hier sind überdurchschnittliche viele unentschieden. Deutlicher noch ist das bei der Verringerung der Mehrwertsteuer der Fall. Hier ist eine Mehrheit sogar umgekehrter Meinung; sie will nicht, dass die Mehrwertsteuer gesenkt wird.

Grafik 11:



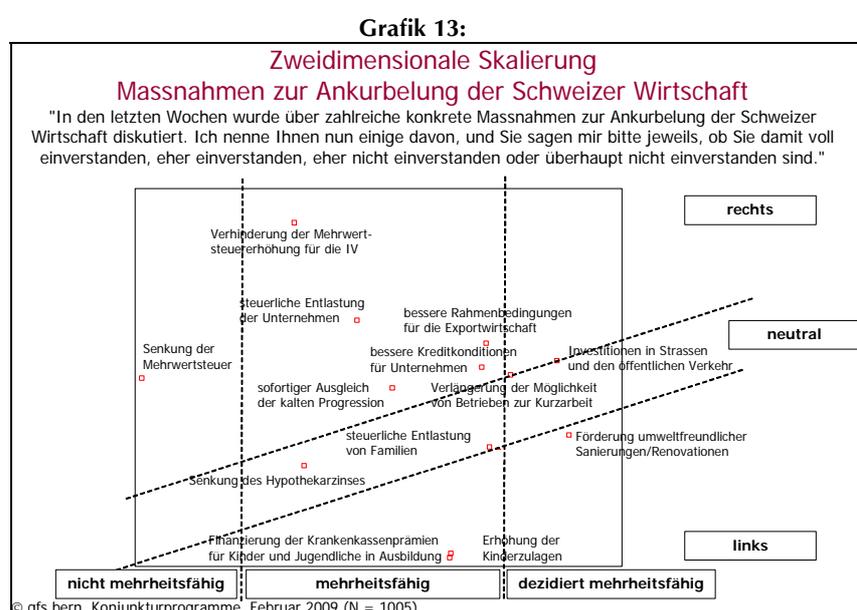
Rahmenbedingungen für Unternehmen: Bei der Verbesserung von Rahmenbedingungen für Unternehmen sind drei Forderungen mehrheitsfähig: die Möglichkeit, die Kurzarbeiten in den Betrieben zu verlängern, die Erleichterung von Krediten für Unternehmen und die Schaffung eines positiven Umfeldes für die Exportwirtschaft. Gemischter sind die Reaktionen, wenn es um steuerliche Entlastungen für Unternehmen geht.

Grafik 12:



Recht ausgeprägtes parteipolitisches Profil: Die Mehrheitsfähigkeit der Vorschläge ist das Eine, die Einordnung in die politische Landschaft das andere. Die nachstehende Grafik leistet beides auf einmal. Sie rekapituliert, was von einer Mehrheit geteilt wird resp. was nicht. Gleichzeitig zeigt sie, von wo die überdurchschnittliche Zustimmung im parteipolitischen Profil kommt. So erkennt man, was fast konsensual über die Parteibindungen hinweg befürwortet wird, was mehrheitsfähig von rechts oder links kommt und was politisch verortbar und nicht mehrheitlich geteilt wird.

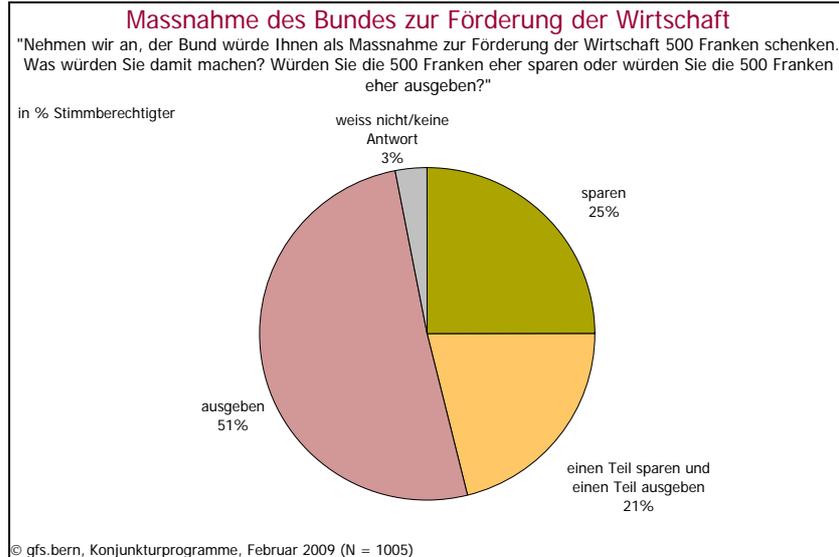
Es zeichnen sich drei meist graduelle Unterschiede in den Einschätzungen ab. Verstärkt von links (SP, Grüne) unterstützt werden: die Finanzierung von Krankenkassenprämien, die Erhöhung von Kinderzulagen, beschränkt auch die Sanierungen und Renovationen im von Altbauten.



Lesebeispiel: Die multidimensionale Skalierung ordnet jede Frage auf (mindestens) zwei Dimensionen, hier der Zustimmungshöhe einerseits, der Verortung im Links/Rechts-Spektrum andererseits. Die Grafik liest sich wie eine Landkarte. Zwei Punkte, die örtlich näher beieinander liegen, haben mehr Gemeinsamkeiten als zwei Punkte, die weit auseinander liegen. Die Einteilung erfolgt dabei nicht arbiträr durch uns, sondern bestimmt sich empirisch aus der Häufigkeit der gemachten Antworten und allen Befragten. Somit entsteht ein unabhängiges, realistisches Bild der Forderungen in der politischen Landschaft.

Ein klar rechtes Profil haben die Ja-Anteil bei der Senkung der Mehrwertsteuer, bei der Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung für die IV, die steuerliche Entlastung von Unternehmen, der sofortige Ausgleich der kalten Progression, verbesserte Rahmenbedingungen für die Exportwirtschaft und erleichterte Kreditkonditionen für Unternehmen. Bei den übrigen Massnahmen zeichnet sich keine systematische parteipolitische Polarisierung ab.

Grafik 14:



Die recht hohe Zustimmung zu Massnahmen, die den privaten Konsum fördern, zeigt sich auch bei der Frage, was man tun würde, wenn man vom Bund 500 CHF geschenkt bekäme: 51 Prozent würden diese gleich wieder voll ausgeben, 25 Prozent würden sie sparen und 21 Prozent würden einen Mix aus beidem Möglichkeit wählen. Daraus ergibt sich, dass wohl rund zwei Drittel bei einer mässigen Erhöhung des frei verfügbaren Geldes dieses unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf zurück fliessen lassen würden. Das ist vor allem bei den Mittelschichten, in der deutschsprachigen Schweiz und bei Männern verstärkt der Fall. Parteipolitisch ergeben sich hier keine Zusammenhänge.

3. Die Synthese

Die vorliegende Studie zu den BürgerInnen-Meinungen gegenüber konjunkturpolitischen Massnahmen beleuchtet die Wahrnehmungen und Bewertungen, wie sie die Stimmberechtigten einige Monate nach Einsetzen der Wirtschaftskrise vornehmen. Sie zeigt einige verallgemeinerbare Befunde, macht aber auch deutlich, dass nicht in allen politischen Streitfragen klar unterscheidbare Vorstellungen vorhanden sind.

Zuerst zeigt sich in den Wahrnehmungen der Situation Zurückhaltung, Skepsis und Zuversicht. Dramatisierungen bleiben weitgehend aus, wie auch Verleugnungen des Problems. Die aktuelle Lage ist für eine knappe Mehrheit befriedigend (Zurückhaltung), die Aussichten innert Jahresfrist werden negativ gesehen (Skepsis), doch vertraut man mehrheitlich darauf, für die Problembewältigung gerüstet zu sein (Zuversicht).

In ihrem Grundverständnis deuten die BürgerInnen wirtschaftspolitische Interventionen in der Krise als pragmatischen Versuch der Minderung von Problemen. Dabei geht man nicht davon aus, dass man damit eine weltweite Rezession in der Schweiz verhindern könne, jedoch dass man sich adäquat auf sie einstellt und ihr aktiv gegenüber tritt. Einen fundamentalen Wandel im bisherigen Staatsverständnis ist das nicht, eine situative Lockerung von bisherigen Prinzipien indessen schon.

Oberste Priorität bei staatlichen Konjunkturprogrammen hat aus BürgerInnen-Sicht die Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Dem sollte letztlich alles untergeordnet werden, wenn auch auf die Zeit der Wirtschaftskrise beschränkt, und insbesondere dort, wo rasche Wirkung zu erwarten ist. Mehrausgaben sind für eine Mehrheit denkbar, wenn sie im Rahmen der Schuldenbremse kompensiert werden können. Steuererhöhungen sind unpopulär.

Vermehrte staatliche Investitionen, welche die Nachhaltigkeit und Infrastruktur des Landes stärken oder die Position der Schweiz im internationalen Wettbewerb verbessern, werden mehrheitlich getragen. Das gilt auch für verbesserte Rahmenbedingungen für die Exportwirtschaft. Schliesslich stösst die finanzielle Entlastung von Familien auf Zustimmung, um den privaten Konsum zu fördern. Auf der konkreten Ebene ergeben sich die erwartbaren parteipolitischen Differenzierungen, allerdings ohne dass man in den meisten Fällen von fundamentalen Gegensätzen sprechen kann.

Bevölkerungsseitig wird gesehen, dass der Konsum als stabilisierendes Element für die Konjunktur von Bedeutung ist. Hätte man beschränkt mehr freie Geldmittel zur Verfügung, würden rund zwei Drittel diese wieder direkt in den Wirtschaftskreislauf zurückfliessen lassen.

Anhang

Das gfs.bern Team

[identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



URS BIERI

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Themen- und Issue-Monito-
ring, Risikotechnologien, kantonale/
städtische Abstimmungen, Kampagnenvor-
bereitung und -begleitung, Feldaufträge,
Prospektivmethoden, Qualitativmethoden.

[Identität]



Matthias Bucher

Sozialpsychologe. Projektleiter gfs.bern.
Schwerpunkte: Einstellungsforschung,
Gesellschaftsthemen, Abstimmungen, Wahlen, ad
hoc-Studien, quantitative Methoden.

[identität]



JONAS KOCHER

Projektmitarbeiter gfs.bern
Schwerpunkte der Arbeit:
Statistische Datenanalyse,
Medienanalysen, Visualisierung.

[identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.